

Teil 2

Ausschussvorlage HAA/19/4

eingegangene Stellungnahmen zu der öffentlichen Anhörung
zu dem

Antrag
der Fraktion der SPD betreffend Lage der Printmedien in Hessen
gibt Anlass zur Sorge
– Drucks. [19/1699](#) –

und dem

Antrag
der Fraktion der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend
Printmedien für demokratische Meinungsbildung und
Meinungsvielfalt unverzichtbar
– Drucks. [19/1827](#) –

7. DJV Hessen, Wiesbaden

S. 49

unaufgefordert eingegangene Stellungnahme:

8. Correctiv – Recherchen für die Gesellschaft gemeinnützige
GmbH, Essen

S. 52

DJV HESSEN · RHEINBAHNSTRASSE 3 · 65185 WIESBADEN

Hessischer Landtag
Die Vorsitzende des Hauptausschusses
Frau Karin Wolff MdL
Schlossplatz 1 – 3

65185 Wiesbaden



DEUTSCHER
JOURNALISTENVERBAND

LANDESVERBAND

HESSEN

GEWERKSCHAFT
DER JOURNALISTEN

RHEINBAHNSTRASSE 3
65185 WIESBADEN

TEL.: 06 11/ 3 41 91 24
FAX: 06 11/ 3 41 91 30

INFO@DJVHESSEN.DE
WWW.DJVHESSEN.DE

3.6.2015

Printmedien in Hessen; Anträge der Fraktionen von SPD und
CDU sowie Bündnis 90/Die Grünen, Drucksachen 19/1699
bzw. 19/1827; Az.: I A 2.6

Sehr geehrte Frau Wolff,

der DJV Hessen begrüßt es sehr, dass die gegenwärtige Situation
der hessischen Tageszeitungen Gegenstand einer Anhörung vor
dem Hauptausschuss des Landtages ist.

1. Die zum Teil besorgniserregenden Zustände von
Tageszeitungen einschließlich ihrer freien Mitarbeiter sind kein
ausschließlich hessisches Problem. Insoweit hatte der
Bundesverbandstag des DJV 2014 das Thema bereits
ausführlich diskutiert. Vorausgegangen war ein Positionspapier
des DJV-Bundesvorstandes zur „Zukunft und Finanzierung des
Journalismus“.

Dieses Papier hatten wir im Dezember 2014 den
medienpolitischen Sprechern der Fraktionen im Hessischen
Landtag zugeleitet. Damit wollten wir unsere Sorge zumindest
den hierfür zuständigen Parlamentariern nahe bringen.

2. Die tragende Bedeutung eines funktionsfähigen und
qualifizierten Journalismus ist für unser demokratisches
Gemeinwesen unbestritten. Daher sind mediale Vielfalt und
unabhängiger Journalismus eine gesamtgesellschaftliche
Aufgabe. Medienunternehmen bzw. Verlage, Politik und
Bildungsinstitutionen sind verpflichtet, sich für einen freien und
unabhängigen Journalismus einzusetzen.

Angesichts der „Übermacht“ des Internets und der derzeitigen Situation, vornehmlich von Zeitungen mittelständischer Verlage, kommen wir an der Frage nicht vorbei, inwieweit andere Finanzierungsmodelle des Journalismus herangezogen werden können.

Bekannt sind das bisherige durch Anzeigen, Auflage und Abonnentenzahlen bzw. Reichweite privatrechtlich ausgerichtete Finanzierungsmodell von Verlagen bzw. Medienunternehmen sowie das öffentlich-rechtliche Gebührensystem der ARD-Rundfunkanstalten. Jüngst werden vermehrt Überlegungen angestellt, inwieweit sich bestimmte journalistische Projekte zunehmend durch sog. Crowdfunding, Stiftungen oder durch gemeinnützigen Journalismus realisieren lassen.

Um unsere momentan teils noch intakte Presselandschaft beizubehalten, sollte es allen gesellschaftlichen Kräften wert sein, die Möglichkeiten auszuloten, jene neuen Finanzierungsmodelle zur Stabilisierung der jetzigen Meinungsvielfalt einzusetzen. Selbstverständlich können diese Modelle die bisherige Finanzierung nicht ersetzen. Sie könnten aber eine wertvolle Ergänzung sein.

3. Insoweit sind Bundesgesetzgeber und die Landesgesetzgeber aufgefordert, allein ihrer grundgesetzlichen Verantwortung wegen, den hierfür notwendigen gesetzlichen Rahmen zu schaffen.

Ungeachtet dessen ist Aufgabe von Medienhäusern und Politik die Aus- und Weiterbildung von Journalistinnen und Journalisten. Diese müssen auf die Innovationen in der journalistischen Arbeit geschult sein, um ihrer Kernkompetenz bei der Berichterstattung in ausreichendem Maße nachkommen zu können.

Ebenso wichtig sind die Aufgaben der Medienunternehmen bzw. Verlage. Angemessene Bezahlung und sichere Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge sowie verbindliche Honorare, sind unumgänglich. Eine ausreichende soziale Absicherung von Journalistinnen und Journalisten ist schlechthin die Voraussetzung für Qualitätsjournalismus, nicht zuletzt, dass junge und engagierte Menschen den Journalistenberuf ergreifen.

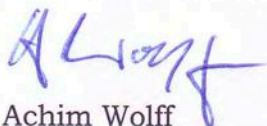
Einhergehend muss der Gesetzgeber die Grundlagen für Medienkompetenz der Mediennutzer schaffen. Medienkompetenz durch Mediennutzung, -kritik und -kunde ist erlernbar. Die Unterweisung sollte sich über Jahre der schulischen Bildung erstrecken. Nur so können (junge) Menschen Inhalte kritisch beurteilen, den eigenen Medienkonsum bewußt gestalten und die Bedeutung von medialer Vielfalt erkennen.

4. Der DJV Hessen greift insbesondere eine Passage im Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen auf, insoweit die Landesregierung gebeten wird, sich gemeinsam mit Journalistinnen und Journalisten sowie Verlagen für den Erhalt der Angebotsbreite im Bereich der Printmedien einzusetzen. Wir begrüßen dies ausdrücklich.

Neben der ebenso uneingeschränkten Unterstützung des Antrags der SPD-Fraktion könnte ein solcher „begleitender“ Gesprächskreis wertvolle Informationen über den Zustand der hessischen Tageszeitungslandschaft liefern; Informationen für die Landesregierung, die Landtagsabgeordneten und nicht zuletzt für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Auch hiermit könnte in der Bevölkerung das Bewusstsein über die Wertigkeit einer vielfältigen Presselandschaft erreicht werden.

Der DJV Hessen ergänzt den Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen daher noch um einen weiteren Aspekt. Hiernach erstellt die Hessische Landesregierung jährlich einen Bericht über die Situation der hessischen Medien, namentlich über die hessische Tageszeitungslandschaft.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Wolff', with a stylized flourish at the end.

Achim Wolff
Geschäftsführer



CORRECT!V ist eine Marke der
 PULS - Recherchen für die Gesellschaft gemeinnützige GmbH
 Huyssenallee 11 · 45128 Essen

05.05.2015

Landtag Hessen
 z. Hd. Karin Wolff

Schlossplatz 1 - 3
 65183 Wiesbaden

Betreff: Anhörung zur Lage der Printmedien in Hessen

Sehr geehrte Frau Wolff

Derzeit wird im Landtag Hessen eine Initiative der SPD diskutiert, die ein ehrgeiziges Ziel hat: Sie will die Medienvielfalt stützen, indem Rundfunkgebühren in die Subventionierung von Printmedien umgeleitet werden.

Wir halten das nicht für einen guten Weg. Es werden so mittelbare staatliche Abhängigkeiten geschaffen, die der Pressevielfalt schwer schaden können.

- die Subventionsgeber werden kaum Subventionen geben für Recherche, die nicht im Interesse der regierenden Parteien liegen (egal, ob im lokalen, regionalen oder landesweiten Rahmen)
- Neue, unabhängige Angebote gerade im lokalen Online-Sektor werden sich nicht gegen subventionierten Angebote durchsetzen können. Unabhängige Angebote haben einen durch Subventionen ausgelösten Wettbewerbsnachteil, den sie nicht ausgleichen können.
- Es werden nicht die Rahmenbedingungen für alle gerecht verbessert, sondern nur selektiv die wirtschaftlichen Bedingungen für einige auf Kosten aller verbessert. Der Staat greift dadurch direkt in die Entwicklung der Medien ein.
- Es gibt Verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine Zweckentfremdung der Haushaltsabgabe, die unter anderem der WDR äußerte.

Wir schlagen stattdessen etwas anderes vor: Die Einführung des gemeinnützigen Journalismus.



**DAVID
 SCHRAVEN**

+49 (0)172 5632 699
david.schraven@correctiv.org

Dieser kann eine dritte Säule neben den beiden bestehenden Säulen des Journalismus werden. Der gemeinnützige Journalismus kann die Pressevielfalt neben dem Profit-Journalismus und dem öffentlich-rechtlichen Journalismus bereichern.

Der gemeinnützige Journalismus ist unserer Meinung nach ein wichtiger Beitrag, die Medienkrise in Deutschland zu überwinden.

Hier kann die Politik tatsächlich wirkungsvoll helfen, den Journalismus in Erfüllung seiner Rolle als Demokratiestütze in allen Gegenden Deutschlands zu unterstützen.

Sachverhalt:

In den USA sind in den vergangenen Jahren dutzende gemeinnützige Journalistenbüros gegründet worden. Vom großen Newsroom ProPublica bis zur lokalen Investigative Post in Buffalo gibt es viele Modelle. Sie arbeiten an spannenden, oft investigativen Themen, publizieren im Netz und werden vor allem durch Spenden finanziert.

Das besondere daran: In den Vereinigten Staaten wird journalistische Recherche von den Finanzbehörden reihenweise als gemeinnützig anerkannt. Das hat gute Gründe: Die Redaktionen haben keine Manager im Nacken, die vor allem Profit sehen wollen. Sie können kritisch berichten – ohne Rücksicht auf Anzeigenkunden, politische oder wirtschaftliche Interessen. Sie sind alleine ihren Lesern und Nutzer verpflichtet.

In Deutschland ist das nicht möglich. Hier ist Journalismus nicht als gemeinnütziger Zweck nach der Abgabenordnung anerkannt. Hier gibt es keine Rechtssicherheit und entsprechen auch nur sehr wenige gemeinnützig arbeitende Journalisten.

Dabei gibt die Gemeinnützigkeit Nonprofit-Redaktionen die notwendige Unabhängigkeit, Themen anzupacken, die ansonsten nicht mehr finanziert werden könnten. Sei es im lokalen Bereich, in denen Verlage nicht mehr wirtschaftlich Redaktionen betreiben können, sei es im nationalen Sektor, in dem neue journalistische Angebote entstehen.

Besonders große Chancen hat der gemeinnützige Journalismus dort, wo er die Menschen direkt betrifft. Vor Ort, in den Gemeinden ohne Lokalzeitung, könnten neue Redaktionen von gemeinnützigen Medienvereinen finanziert werden. Schon wenige Mitglieder könnten genügend Spenden einsammeln, um professionelle Journalisten zu beschäftigen, die Lokalblogs oder Lokalmagazine jenseits des Hobbys herausbringen.

Für gemeinnützig arbeitende Journalisten reicht es nicht, Agenturmeldungen umzuschreiben und Klickmonster zu produzieren. Ihre Geschichten müssen so gut sein, dass Ihre Leser dafür gerne Geld spenden. Gemeinnützigkeit kann den Journalismus verändern. Das Spendenaufkommen in Deutschland geht in die Milliarden. Wenn selbstloser Journalismus im öffentlichen Interesse gemeinnützig wird, kann ein Teil dieses Spendenaufkommens in die demokratische Aufklärung fließen.



Ein einziger Satz im § 52 der Abgabenordnung (AO) würde reichen, um gemeinnützigen Journalismus mit dem Modellflug gleichzustellen, wobei seine gesellschaftliche Bedeutung ungleich höher anzusehen ist als der Unterhalt von Propellergetriebenen Spielzeugen. Mehr noch: ein einziger Satz im § 52 der Abgabenordnung kann eine Gründerwelle im öffentlichen Interesse der Demokratieförderung auslösen.

Und genau hier die ist Politik gefragt. Sie kann die Rahmenbedingungen für alle in Deutschland zum Positiven verändern, wenn sie den gemeinnützigen Journalismus in die Abgabenordnung einfügt. Das ist etwas grundsätzlich anderes, als Subventionen für journalistische Angebote aus Budgets zu finanzieren, auf die der Staat Zugriff hat.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für alle ist die Kernaufgabe der Politik. Nicht die Trennung zwischen gutem und schlechten Journalismus durch Subventionierung einzelner Verlage oder Gesellschaften.

Dass von diesem Journalismus große Medienhäuser wie Springer profitieren könnten, ist nicht denkbar. Denn die Basis der Gemeinnützigkeit ist immer die selbstlose Zielrichtung der Tätigkeit – so steht es in der Abgabenordnung. Weder Paparazzi-Jagd noch Boulevardmedien können demnach gemeinnützig werden, das würde immer an der Gewinnerzielungsabsicht scheitern. Auch eine Auslagerung von Redaktionen ist kaum möglich, denn Verlage müssen und wollen Gewinne erzielen. Ihre Produkte könnten also nie gemeinnützig werden.

Gemeinnütziger Journalismus ist nicht dem Profit eines einzelnen verpflichtet, sondern dem Wohle aller Menschen. Gemeinnütziger Journalismus fügt niemanden Schaden zu, sondern eröffnet nur viele neue Möglichkeiten für alle, die es ausprobieren wollen.

Die Wissenschaft hat die Chancen des gemeinnützigen Journalismus bereits entdeckt. Die Wissenschaftsakademien Deutschlands beschreiben den Journalismus mit Blick auf Artikel 5 des Grundgesetzes als "unverzichtbare Eckpfeiler einer demokratischen Gesellschaft." Ihre Position fassen die Nationale Akademie der Wissenschaften, Leopoldina, die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, Acatech, und die Union der Deutschen Akademien der Wissenschaften in einer Stellungnahme zusammen unter dem Titel: "Zur Gestaltung der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und den Medien."

„Regierung und politische Parteien sollten der Sicherung des regionalen wie überregionalen unabhängigen Qualitätsjournalismus gesteigerte Aufmerksamkeit schenken. Gemeinsam mit Vertretern der Verlage, Sender, Journalisten und ihrer jeweiligen Verbände sowie der Wissenschaft sollten geeignete Maßnahmen erarbeitet werden, um einen unabhängigen Qualitätsjournalismus und damit auch eine dementsprechende Berichterstattung über Wissenschaft und Forschung zu sichern (z. B. durch Steuervergünstigungen oder Gemeinnützigkeitsmodelle).“



Der Deutsche Journalistenverband (DJV) hat die Forderung aufgegriffen. DJV-Vorsitzender, Michael Konken, setzt sich für den Gemeinnützigen Journalismus ein:

„Eine Steuerbegünstigung freier Journalisten und Rechercheure würde deren schlechte wirtschaftliche Lage verbessern und die Bedeutung des Journalismus aufwerten.“

Nur um es klar zu stellen: es geht um gemeinnützigen Journalismus. Und das ist Journalismus, der durch Informationsbeschaffung und -vermittlung ohne Gewinnerzielungsabsicht der Förderung unseres demokratischen Gemeinwohls auf jeder Ebene der Gesellschaft dient.

Weitere Infos:

Stellungnahme der Akademien der Wissenschaften:
<http://idw-online.de/pages/de/attachmentdata36667.pdf>

Warum Springer nie gemeinnützig werden kann:
<http://netzwerkrecherche.org/wordpress/nonprofit/2014/04/18/voraussetzung-selbstlos-foerdern/>

DJV setzt sich für gemeinnützigen Journalismus ein:

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/hilfe-appell-an-die-politik-journalisten-rufen-nach-steuerentlastung/10352430.html>

WDR äußert Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Finanzierung der Stiftung „Vielfalt und Partizipation“ aus der Haushaltsabgabe (Punkt3 auf Seite 4 ff):
<http://www1.wdr.de/unternehmen/landesmediengesetz106.pdf>

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Sie erreichen mich immer unter 0172-5632699

Mit den besten Grüßen

David Schraven
Geschäftsführer
CORRECT!V – Recherchen für die Gesellschaft